

Samstag, 23. Januar 2021, Hessische Allgemeine (Kassel-Nord) / Kreis Kassel

Ärger um Gemeindehaushalt

Fuldatal sagt Sondersitzung ab – Abstimmung erst nach der Kommunalwahl

VON AMIRA EL AHL



Fuldatal wird voraussichtlich erst im Frühsommer einen Haushalt für das laufende Jahr vorlegen: Bei den Gemeindevertretern hat die Verzögerung der Einbringung des Haushalts für Enttäuschung und auch Ärger gesorgt. ArchivFoto: PRIVAT/NH

Fuldatal – Wenn alles nach Plan gelaufen wäre, würden die Fuldataler Gemeindevertreter seit gestern über den Zahlen des Haushaltsentwurfs 2021 sitzen. Doch die Sondersitzung des Parlaments zur Einbringung des Haushalts, die für den 21. Januar an-

gesetzt war, wurde von Bürgermeister Karsten Schreiber (CDU) abgesagt.

Jetzt wird der Haushalt vermutlich in der nächsten Sitzung am 24. Februar eingebracht, aber erst nach der Kommunalwahl und nach der konstituierenden Sitzung von einem neuen Parlament beraten und beschlossen. Bis zum Juni wird Fuldata also vermutlich eine vorläufige Haushaltsführung haben.

Die Gemeindevertreter bekamen die Mitteilung per Mail, und für die meisten kam die Absage überraschend. Denn bei der Parlamentssitzung im Dezember hatte die Verwaltung die Sondersitzung anberaumt, um den Haushalt noch vor der Wahl einbringen und verabschieden zu können.

Warum der Haushalt nicht wie geplant eingebracht werden konnte, erklärte Schreiber in seiner E-Mail unter anderem mit technischen und personellen Problemen in der Verwaltung und bei der ekom21 und dem Problem, einen ausgeglichenen Haushalt ohne neue Belastungen vorzulegen.

Der Landkreis Kassel hatte erst im Januar seinen Haushalt eingebracht, weshalb jetzt erst konkrete Zahlen zu Hebesätzen sowie der Kreis- und Schulumlage vorliegen. Aufgrund dessen habe man es nicht mehr geschafft, einen entsprechenden Haushalt vorzulegen, da keine verlässlichen Zahlen vorgelegen hätten, erklärt Fuldata's Büroleiter Martin Gronemann auf Nachfrage. „Wir wollen aber einen belastbaren Haushalt haben, der genehmigungs- und beschlussfähig ist, und diese drei Kriterien waren nicht gegeben.“

SPD

Diese Gründe können laut Heidrun Gottschalk nicht ursächlich dafür sein, dass der Haushalt nicht eingebracht werden konnte. Schließlich habe sich der finanzielle Rahmen seit Dezember nicht geändert. „Im Gegenteil, die Kreis- und Schulumlage ist so-

gar reduziert worden. Im Dezember hätte der Haushalt im Prinzip fertig sein und nur noch Zahlen ergänzt werden müssen“, sagt die Fraktionsvorsitzende. Ihre Fraktion empfinde das Verfahren als zumindest nicht vertrauensbildend.

Die Grünen

Für Thomas Ackermann ist dieses Vorgehen eine Kapitulationserklärung. „Wir sind aus allen Wolken gefallen, weil es vor Weihnachten noch hieß, es läuft alles im Fahrplan.“ Die Grundlagen hätten im Dezember schon stehen müssen. Er habe sich über das Vorgehen richtig geärgert, sagt der Fraktionsvorsitzende. Die Gemeindevertreter hätten in dieser Legislaturperiode viele Entscheidungen gefällt, „und alleine deshalb hätten wir diesen Haushalt gerne mitverantwortet.“ Er fühlt sich getäuscht. „Wir vermuten da politisches Kalkül hinsichtlich der Kommunalwahl“, sagt Ackermann.

FDP

„Ich hätte mir gewünscht, dass man sich im Vorfeld der Kommunalwahl über den Haushalt abstimmen und diskutieren könne“, sagt Fraktionsvorsitzender Thorsten Röder. Mit dem am Donnerstagabend bei einer interfraktionellen Sitzung gefundenen Kompromiss, den Haushalt noch vor der Wahl einzubringen, ihn aber erst nach der Wahl im neuen Parlament zu diskutieren und abzustimmen, sei er einverstanden. So könne man zumindest sehen, welche Schwerpunkte im Haushalt gesetzt wurden, und so auch Themen mit in den Wahlkampf nehmen.

CDU

„Was alle eint, ist eine große Enttäuschung“, sagt Fraktionsvorsitzender Tore Florin. Die Frage bleibe, wo der Optimismus im Dezember hergekommen sei, wenn man sechs Wochen später höre, dass man doch keinen Haushalt vorlegen könne. Für seine Fraktion sei ganz wichtig gewesen, noch vor der Wahl einen Entwurf zu bekommen.

„Damit für alle klar ist, wie der Plan für 2021 aussieht und damit keiner sagen kann, nach der Wahl kommt das dicke Ende.“ Er habe die klare Erwartung, dass zum 24. Februar der Entwurf eingebracht wird. „Und was wir dann kriegen, muss verlässlich und belastbar sein.“